Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Es wurde bei Tisch eifrig politisiert, mit Ausnahme von Herrn Engelbrecht, der die Politik geringschätzte und nie eine Zeitung las. Die Herren gehörten alle zur Rechten. Man sprach von dem bevorstehenden Minister- und Systemwechsel, dem bevorstehenden Sturz der Rechten als Regierungspartei. Der Meiereiinspektor zeigte sogar die neue Ministerliste; seine Zeitung hatte sie an diesem Tage gebracht, doch vorerst nur gerüchtweise. Sie war vom größten Interesse, besonders hier auf dem Hof, denn Huitfeldt war ja unter den gestürzten Ministern.

Wie die neuen Namen vorgelesen wurden, wurden sie von lauten Rufen des Spotts oder der Entrüstung begleitet, je nachdem der Charakter des Einzelnen gerade beschaffen war. Hierauf folgten die Kommentare, und diese waren nicht schmeichelhaft.

Als dies eine Zeit lang gedauert hatte und eine Art Pause eingetreten war, sagte einer ganz wehmütig:

Ja, es geht abwärts. Von Karl Huitfeldt zu Wilhelm Strihme! Von Strihme kommen wir bei Gott das nächste mal zu Glambäk, dem sozialistischen Redakteur.

Hm! — erklang es nun von Fräulein Lassen, und so gewohnt war man, auf das zu achten, was von dieser Seite kam, daß sogleich Stillschweigen eintrat, und man sich daran erinnerte, daß ein Verwandter Glambäks am Tische saß.

Niels war rot geworden, er sagte:

Ich meine nun, es sei gut, daß das Volk zur Herrschaft gelangt.

Der Verwalter sagte gutmütig: Darf ich mit Ihnen anstoßen, Herr Student? Es ist recht, daß Sie Ihren Onkel verteidigen.

Es entstand eine kleine Pause, dann sagte jemand:

Wie Exzellenz es wohl aufnehmen werden, unsre Exzellenz?

Wieder entstand eine Pause. Dann fielen die Bemerkungen abgerissen:

Es muß den König schwer gekränkt haben.

Den König — ich würde lieber abgedankt haben.

Der König — nein, der hätte Härte gegen Härte setzen sollen.

Das konnte er nicht wegen der andern. Der König wollte zeigen, daß es deren Schuld sei.

Der König will zeigen, wie es geht, wenn die Rechte ihn im Stich läßt.

Die Königsmacht ist geschwächt.

Potztausend! Wenn die Königsmacht sich rührt, dann werden alle beide, die Rechte und die Linke artig.

Die Sozialisten und die von der Linken geraten aneinander, ihr werdet es schon sehen. Was meinen Sie, Herr Engelbrecht?

Wie beliebt? — Nun ich meine: omne declive.

Hochmütiger Kerl! murmelte der Verwalter.

Nun hob Fräulein Lassen die Tafel auf.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Partei, Politik und Wissenschaft. Professor Friedrich Paulsen spricht in seinem neuen Buche über „Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium“ (Berlin, A. Asher und Co., 1902) auch mehrfach über die Stellung der Wissenschaft zur Politik und zu den politischen Parteien. Er thut dies in einer Weise, die zwar den modernen Anschauungen mit sehr feinem Gefühl Rechnung trägt und deshalb bei der Mehrheit der politisierenden Gebildeten und namentlich auch bei unserm höhern Beamtentum viel Lob erwarten darf. Aber gerade die er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ziehende Wirkung auf das Parteiwesen und das politische Verhalten der sogenannten leitenden Kreise, die jetzt am meisten not thut, wird es wohl am wenigsten haben. Er sagt unter anderm: solle es eine Wissenschaft vom Staat und von der Gesellschaft geben, so müsse sie wie jede Wissenschaft allein durch die freie Untersuchung der Thatsachen zustande kommen; eine Staats- und Gesellschaftslehre, der das Ergebnis der Untersuchung vorgeschrieben wäre, hätte keinerlei theoretische Bedeutung, sondern höchstens einigen technischen Wert, nämlich als Mittel der Macht, sich in der Macht zu erhalten. Dann fährt er fort: „Den Parteien ist nun allerdings die Wissenschaft nichts andres als eines der Mittel, sich durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung in der Macht zu erhalten; die Wahrheit als solche geht die Parteien gar nichts an: ist sie für uns, gut; ist sie gegen uns, fort mit ihr! Das ist die Maxime jeder Partei als solcher, zu der sie freilich sich nicht bekennt und nicht bekennen kann: die »Wissenschaft« verlöre natürlich auch ihren Wert als Mittel der Macht, sobald sie als Satzung der Macht erschiene; sie wirkt auf die Meinung der Menschen nur, so lange sie als freies Erzeugnis des Verstandes erscheint. Die herrschende Partei wird also überall eine in Wirklichkeit abhängige, öffentlich aber ihrer Freiheit sich rühmende Wissenschaft wünschen, wie es für einen dem Machiavellismus zu huldigen entschlossenen Fürsten nach Voltaires witziger Bemerkung durchaus sich empfiehlt, damit anzufangen, daß er einen Anti-Machiavelli schreibt."

Wenn Paulsen wirklich sagen will, was diese Worte sagen, so wirft er nicht etwa dem heutigen Parteiwesen und der heutigen Politik vor, daß sie sich nicht um die Wahrheit kümmerten, sondern er lehrt, daß die Wahrheit um ihrer selbst willen die Parteien und die Politiker überhaupt gar nichts angehe, und daß sie also die Wahrheit zu verachten und die Wissenschaft zu fälschen ein Recht hätten. Mit einer etwas andern Färbung tritt derselbe Gedanke hervor, wenn er später einmal sagt: der politisch Handelnde handle ja nicht für seinen persönlichen Vorteil, sondern für das Wohl des Ganzen: „was aber wäre hierfür nicht erlaubt?"

Weist er klar und bestimmt den Parteien und den Politikern, auch den regierenden, ihre Stellung jenseits von Gut und Böse an, so ist die Stellung, die er der Wissenschaft zu den Parteien und den Politikern anweist, weniger klar und bestimmt. Was er über das Verhalten der Universitätsprofessoren und der sonstigen berufsmäßigen Wahrheitsforscher zu den Parteien und zur Politik sagt, enthält, namentlich auf die heutigen Zustände bezogen, manches Schöne. In Summa aber glaubt er die Sache mit folgenden Sätzen abthun zu können: So werde es also bei der Kantischen Trennung zwischen Politikern und Philosophen bleiben müssen; die Platonische Gleichsetzung sei unmöglich, unmöglich durch die Funktion: wer den tiefen und stillen Gedanken, die in der Volksseele schlummern, hören solle, dürfe nicht in das lärmende Getriebe der Tagespolitik gestellt sein; und umgekehrt, wer den Karren vorwärts bringen solle, dürfe nicht ein zu zart besaitetes Nervensystem, ja vielleicht nicht einmal ein allzu empfindliches Gewissen haben; und auch seine Fähigkeit, Menschen aller Art zu brauchen, dürfe nicht durch einen allzu zärtlichen sittlichen Geschmack eingeschränkt sein. Doch bleibe es wichtig, „daß Könige und Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen."

Die Universitätsprofessoren und die berufsmäßigen Philosophen sind nun freilich nicht identisch mit der Wissenschaft und der Wahrheit, aber in der Hauptsache wird man wohl Paulsens Meinung, soweit sie aus dem neuen Buch zu entnehmen ist, so formulieren müssen: Die Politik hat nichts mit Wahrheit, Sittlichkeit, und die Wahrheit und die Sittlichkeit haben nichts mit Politik zu thun. Wenn „Philosophen" über Partei, Politik und Wissenschaft schreiben, so werden sie in der Hauptsache nicht nein und nicht ja zu sagen haben, worin es ja der sogenannte „Historismus" zu einer sehr bedeutenden Kunstfertigkeit gebracht hat Das Gewissen in den Parteien und Politikern in Bezug auf Wahrheit und Sittlichkeit zu schärfen ist jedenfalls ihre Sache nicht. Wenn schon die Wissenschaft Politik lehrt, so muß sie im wesentlichen auf die Lehre Machiavellis hinauslaufen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das aber wäre ein arger Fehler und ein großes Unglück. Wir wollen hier weniger von der äußern Politik, der Weltpolitik sprechen, obgleich die Predigt des Machiavellismus, wie sie von wissenschaftlichen Politikern, Rechtslehrern, ja sogar Theologen für angebracht gehalten wird, auch bei ihr eine Verirrung ist und zum Unglück führen muß. Das deutsche Volksgewissen lehnt sich hier wunderbarerweise fast energischer dagegen auf, als in der innern Politik. Oft sogar wird es dadurch zu ungerechten und unvernünftigen Vorwürfen gegen die eigne Politik des Reichs verleitet, wie namentlich in der Burenfrage. Das Deutsche Reich hätte, wie die Sachen lagen, nicht nur die größte Dummheit begangen, sondern auch eine große Sünde am deutschen Volk, hätte es sich für die gerechte Sache der Buren in Kriegsgefahr begeben. Aber unsre Prediger des Machiavellismus, die überhaupt jede sittliche Beurteilung der Burenfrage als unzulässig abwiesen, haben das Gewissen des deutschen Volks vielmehr gereizt als beruhigt. Wenn die Engländer den Frieden nur geschlossen hätten, um die Buren zum Niederlegen der Waffen zu veranlassen, und jetzt erst recht an die Vernichtung des tapfern Volks gingen, ohne jede Rücksicht auf alles, was sie, um die Waffenstreckung zu erreichen, versprochen haben, so würden unsre Herren Machiavellisten auch diesen niederträchtigen Verrat konsequenterweise als jenseits von Gut und Böse liegend betrachten und die Entrüstung darüber als unangebrachte Gefühlsduselei verhöhnen müssen. Denn zum Wohl des Ganzen, d. h. des britischen Weltreichs und Reichtums, würde Herr Chamberlain auch dann handeln: „was aber wäre hierfür nicht erlaubt?“ — Wenn man nur die Macht hat!

Die unsittliche Verlogenheit oder der Machiavellismus der Parteien treibt bei uns hauptsächlich in der innern Politik sein Wesen. Hier ist auch der Machiavellismus der berufsmäßigen Politiker viel ausgebildeter und zugleich gefährlicher. Das ist so, aber deshalb muß es nicht so sein, wie der Historismus sich einredet. Nein: es darf und soll nicht so sein, und wenn die ganze moderne Wissenschaft, Philosophie und Ethik für unser nationales Gedeihn noch etwas wert sein will, so darf sie sich gegen diesen Krebsschaden an unserm Volksleben nicht blind stellen, sondern muß mit dem heiligen Ernst, der ihre Pflicht ist, und mit der gewaltigen Macht, die sie zum Guten wie zum Bösen hat, ihm zu Leibe gehn. Sie muß das Gewissen des Volkes für Wahrheit und Gerechtigkeit auch in den öffentlichen Dingen wieder schärfen und für das Ideale auch in der Politik den Sinn wieder pflegen, mag es den allmächtigen Parteien und dem Beamtenstrebertum auch noch so sehr gegen den Strich gehn. Nur wenn das längere Zeit mit allem Nachdruck geschieht, können wir hoffen, wieder zu einem gesunden Parteileben zu kommen, das freilich wie alles Menschliche niemals ganz dem Ideal entsprechen, niemals frei von Sünde sein wird, aber doch wie alles Menschliche nicht die Sünde an sich zu sein braucht und bleiben darf. Das Volk in seiner Masse ist für die Unsittlichkeit der Parteien und der Politik gar nicht verantwortlich. Parteien und Politik werden von den Gebildeten gemacht, verdorben und veredelt. Diese aber sind der wissenschaftlichen Einwirkung unmittelbar zugänglich, hängen von ihr ab, auch in dem modernen Machiavellismus. Hier finden die Universitäten und was zu ihnen gehört das Feld, wo sie das Unkraut, das sie haben wachsen lassen, wieder ausrotten sollen. Mit den Volkshochschulen können sie vorläufig das Volk in Ruhe lassen. Oder soll etwa die machiavellistische Wurstigkeit gegen Gut und Böse auf diese Art noch gründlicher in den Massen gezüchtet werden? Bringen wir nur erst die gebildeten Klassen wieder zu philosophischeren, humanistischeren, idealeren Urteilen über wahr, gerecht und sittlich auch in den öffentlichen Dingen, so wird sich von selbst eine neue Parteibildung vollziehn. Schon jetzt ist doch die Zahl derer groß, die von dem scheinbar unausrottbar und schon ex cathedra gepredigten Machiavellismus angeekelt sich der aktiven Teilnahme am politischen Leben entschlagen, auch wenn sie nicht „Theoretiker“ von Berufs wegen sind. Die Zeit ist da, wo es gilt, die „Praktiker“ scharf zu machen gegen die Ausartung im Partei- und im sonstigen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

politischen Leben. Die Scharfmacher müssen die Theoretiker sein, aber dann müßten sie freilich nicht blasiert und stumpf gemacht sein durch den neumodischen Historismus.

Was hat nicht dieser Historismus in den letzten zwanzig Jahren allein zur sozialdemokratischen Verseuchung der industriellen Bevölkerung beigetragen! Setzt man die Lüge in der Politik, weil sie ist, auch ins Recht, so darf man sich nicht wundern, daß die Partei, die die Lüge am frechsten und vollkommensten handhabt, die Massen, die am leichtesten belogen werden, auch am vollkommensten beherrscht. Kürzlich ist eine Reihe von achtzehn Flugblättern — „Stücken" — von einem Pseudonymus J. Fischart jun. unter dem Titel „Anweisungen für sozialdemokratische Redner" erschienen, in denen der frivole Machiavellismus, d. h. die Verlogenheit der sozialdemokratischen „Methode" und damit auch des Wesens der sozialdemokratischen Partei selbst in satirischer Form treffend gebrandmarkt wird. Der Verfasser hat die Presse und die sonstige Bearbeitung des Volks durch die Partei mit erstaunlicher Gründlichkeit studiert, die Lüge in zahlreichen Einzelfragen an Beispielen schonungslos bloßgelegt und die sozialdemokratische Wühlarbeit in ihrer ganzen Unsittlichkeit und Gefährlichkeit dem modernen Bildungsphilister unter die Nase gehalten. Gerade durch die Anwendung der Lehren auf das Einzelne — meint er — erkenne man, mit welcher Kunst und Beflissenheit die sozialdemokratischen Parteihäupter das ganze Reich in ein großes Rieselfeld verwandelten. In Tausenden von Kanälen, großen und kleinen, werde der Schlamm darüber geleitet, der nach und nach den bisherigen geschichtlichen, nationalen, sittlichen Boden des Volkes überdecken und einen Sumpf herstellen solle, worin die sozialdemokratischen Pflanzen gedeihen könnten. Er verschließt sich dabei nicht der Befürchtung, daß ein solches Bloßlegen der „Methode," die immer wieder Anwendung finde, wenig fruchten werde, so lange die „andern Leute" einen großen, wenn nicht den größten Teil der Bevölkerung ohne weiteres der Bearbeitung durch die sozialdemokratischen Agitatoren und die unzähligen Produkte ihrer Presse überließen. Nur vor den Wahlen vielleicht werde die Sozialdemokratie ein paar Wochen lebhafter bekämpft. Aber wenn sich dann neue Tausende von sozialdemokratischen Stimmen auswiesen, ein süßer Trost bleibe dem ehrsamen Bürger, der freundliche Glaube: die Sozialdemokratie sei nicht mehr, was sie war. Die „internationale, revolutionäre Republik" empfehle sie nur noch aus alter Gewohnheit den Genossen; sie sei jetzt harmlose radikale Oppositionspartei, und alles Liebäugeln mit gewaltsamen aufständischen Bewegungen in Ost und West, in Süd und Nord sei bloß unschuldiges Kokettieren. „Und die ganze »sittliche« Erziehung durch die Kampfweise und die Kampfmittel — — das ist nun mal so!"

Wir empfehlen Herrn Fischart jun. recht angelegentlich, seine satirische Ader doch einmal ganz besonders dem Verhalten der neumodischen politischen Wissenschaft zu dieser beklagenswerten Erscheinung zu widmen. Namentlich auch der beliebten Phrase von der „Notwendigkeit und Nützlichkeit" der sozialdemokratischen Partei. Aber freilich wird er die sozialdemokratische Lüge nicht wirksam bekämpfen, wenn er nicht auch die Verlogenheit der andern Parteien unter seine scharfe Lauge nimmt. Die Herren Machiavellisten sagen, und die Gebildeten glauben ihnen, daß alles auf den Zweck ankomme, für den man lügt. Wer die Interessen der besitzenden Klassen oder der reichsten darunter als die Hauptsache betrachtet, die es jetzt „zum Wohl des Ganzen" zu schützen gelte, der hat dann das Recht, Regierung und Wähler dafür durch die ausbündigsten Lügen scharf zu machen. Und vollends die Herren von der Regierung selbst müssen als gelehrige Schüler des Machiavellismus das Lügen für die oberste Amtspflicht halten. „Das ist nun mal so!" sagt der blasierte Historismus natürlich auch dazu. Und so lassen die Herren das ganze Volk zum Rieselfeld werden, zum politischen Sumpf von oben bis unten. Eine ganze Weile läßt sich auch auf solchem Boden fortwursteln, aber wenn Katastrophen kommen, die fest aufzutreten zwingen, dann fehlt auf einmal überall der Boden unter den Füßen. β

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

La Société pour la protection des paysages de France. Der dem preußischen Abgeordnetenhause vorliegende Entwurf eines Gesetzes gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden, das die Aufstellung von Reklameschildern und sonstigen Aufschriften und Abbildungen außerhalb geschlossener Ortschaften verhindern soll, soweit das Landschaftsbild verunziert wird, giebt uns Gelegenheit, auf eine Vereinigung in Frankreich hinzuweisen, die weit ausgedehnter denselben Zweck verfolgt: es ist die in der Überschrift genannte Gesellschaft zum Schutze der Landschaften Frankreichs. Sie ist im vorigen Jahr entstanden und hat Satzungen herausgegeben, die auch bei uns in Deutschland Beachtung verdienen und zur Nachahmung anregen. Im ersten Artikel wird zunächst der allgemeine Zweck der Gesellschaft angegeben: nämlich die Ansicht zu verbreiten, daß alle Naturschönheit im Zusammenhang und im einzelnen ein Bestandteil des öffentlichen Wohls sei, der für die Ehre und den Reichtum des Landes ebenso notwendig sei, wie für dessen Annehmlichkeit. Die Gesellschaft hat sodann die besondern Zwecke: 1. die Landschaften davor zu schützen, daß sie durch Geschäfts- und andre Reklamen, überhaupt durch jeden Mißbrauch mit dem Ankleben von Zetteln verunstaltet werden; 2. zu verhindern, daß die Naturschönheiten durch die Spekulation und durch Bauwerke, die man ohne jede Rücksicht auf den Anblick der Gegend errichtet, entwürdigt und zerstört werden; 3. die Kenntnis der Naturschönheiten des Landes zu fördern und jeden Akt der Zerstörungswut (vandalisme), der gegen die Schönheit der Landschaft gerichtet ist, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Im zweiten Artikel werden die Hilfsmittel der Gesellschaft genannt, die geeignet sind, die Landschaft für immer wirksam zu schützen. Dahin gehören: 1. die Veröffentlichung eines Verzeichnisses, das die unmittelbar bedrohten Hauptpunkte der Landschaften angiebt; sodann vollständigere Bezirksverzeichnisse, die auch über die noch nicht verunstalteten Landschaften berichten sollen, deren Schutz aber für die Zukunft nötig wird; 2. das Studium der Gesetze und der Verwaltungsvorschriften, die geeignet sind, die Naturschönheiten zu gefährden, ebenso die Prüfung der Gesetzentwürfe zu deren Schutz; 3. eine Zeitschrift, die wertvolle Artikel enthalten soll, Nachrichten der Mitglieder und Berichte der Abgeordneten über den Stand der schwebenden Fragen vom ästhetischen, polizeilichen und juristischen Standpunkt; ferner das Ergebnis der Erhebungen in den bedrohten Gegenden, die Liste neuer Mitglieder und ähnliches; 4. Rundschreiben an die Naturfreunde; Mitteilungen in der heimatlichen und der Pariser Presse; Schritte bei den Eigentümern und Behörden, Ausflüge, Dienstreisen zur Belehrung von Gemeinden, die dem Naturschutz gleichgiltig oder feindlich gegenüberstehn; schließlich Unterstützung durch die Mittel der Gesellschaft und durch Beiträge der Mitglieder, sowie durch Wohlthätigkeitsausstellungen und ähnliche Feste; 5. ein inniges Einvernehmen und Zusammenwirken mit den Gesellschaften, die ein mehr oder weniger verwandtes Ziel verfolgen, wie der Alpenklup, der Touringklub, die Gesellschaft des Amis des Arbres, die Vereinigung der Denkmalsfreunde, die geographischen und ethnographischen Gesellschaften, die Vereine für Volkskunst, für Geschichts- und Altertumskunde, die Künstlerkreise usw.; 6. von Zeit zu Zeit Ausstellungen von Kunstwerken und Photographien, die die Landschaften, Baumgruppen, Felspartien wiedergeben, die es zu schützen gilt; 7. photographische Ansichten und andre Bilder für die Schulen, und zwar möglichst aus der Heimat selbst, um die Kinder für die tägliche Schönheit dieser empfänglich zu machen, anstatt ihnen Sehnsucht nach andern Gegenden einzuflößen, die sie doch niemals sehen werden. Ferner andre vergleichende Studienbilder für die Schulen der Architekten und Ingenieure, um zu zeigen, daß ein Bauwerk niemals die Natur zu verunzieren braucht; im Gegensatz dazu Bilder von Bauten, durch die die bewundrungswürdigen Naturschönheiten ohne Not roh zerstört worden sind.

Der dritte Artikel handelt von den verschiednen Arten der Mitglieder: es giebt einfach zahlende (adhérents), ferner solche, die einer Gesellschaft angehören,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

membres sociétaires, und schenkende, membres donateurs. Die ordentlichen Mitglieder zahlen jährlich drei Franken, die Gesellschaftsmitglieder zehn Franken, die Schenker müssen einen Gesamtbetrag von wenigstens 200 Franken einzahlen. Jedes zahlende Mitglied erhält die Zeitschrift unentgeltlich. Eine Ablösung der einzelnen Jahresbeiträge durch eine einmalige Einzahlung von 100 Franken verleiht die Mitgliedschaft auf Lebenszeit.

Die folgenden Artikel regeln die Verwaltung und den Betrieb der Gesellschaft; sie wird von einem leitenden Ausschusse verwaltet, der aus den Mitgliedern des Vorstandes und 45 weitern Mitgliedern besteht. Von diesen werden zwei Drittel von den Künstlern, Kritikern, Schriftstellern, ein Drittel von den Vorsitzenden der befreundeten Klubs und Vereine gewählt. Außerdem sollen Männer in den Ausschuß berufen werden, deren sachverständiges Urteil für die Gesellschaft von Nutzen ist: z. B. Staatsräte, Anwälte, Ärzte, Eisenbahnbeamte, Ingenieure, Oberforstmeister, Wegebaumeister usw. Alljährlich scheidet ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses aus, aber die ausscheidenden können wiedergewählt werden; auch ist der Ausschuß ermächtigt, sich selbst bei der Erledigung einer Stelle durch Wahl zu ergänzen, was aber die Hauptversammlung genehmigen muß. Innerhalb des Ausschusses wird ein Vorstand gewählt, der aus einem Vorsitzenden, zwei oder drei Stellvertretern, einem Schatzmeister, einem Haupt- und zwei oder drei andern Schriftführern besteht. Ferner bezeichnet der Ausschuß, dessen Mitglieder dauernd in Paris wohnen, eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten (délégués), die mit der Einrichtung und Leitung der Gesellschaft in den Provinzen betraut werden, und zwar werden diese aus den Bewohnern der Landesteile gewählt, deren Gegend und Sitten sie genau kennen. Diese Abgeordneten können sich aus ihrer Heimat noch ein andres Mitglied zuordnen, das ihnen bei der Verbreitung der Ziele der Gesellschaft behilflich sein und dieser neue Mitglieder zuführen soll. Schließlich sollen die Abgeordneten dem Ausschuß Berichte einsenden, wenn sie es für nötig halten, und der Vorsitzende sie dazu auffordert. Zur Zeit ihres Aufenthalts (passage) in Paris können sie an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen; dieser versammelt sich in jedem Monat, und so oft er von dem Vorsitzenden oder einem bevollmächtigten Vorstandsmitgliede zusammenberufen wird.

Alljährlich findet eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der Gesellschaft statt; sie wird von dem Vorstand einberufen, der zugleich die Tagesordnung aufstellt und über die Geschäftsführung und die Vermögenslage berichtet. Die Versammlung prüft die Rechnungen des abgeschlossenen Rechnungsjahrs, genehmigt die Vorschläge des folgenden, beschließt über die Fragen der Tagesordnung und bestätigt die etwaigen Ergänzungswahlen des Ausschusses. Außerdem wird den Mitgliedern der Jahresbericht überreicht.

Die folgenden Artikel treffen dann weitere Bestimmungen über den Reservefonds, über die Änderung der Satzungen und über die innere Anordnung (règlement intérieur) der Verwaltung; sie kommen für uns nicht in Betracht. Dagegen lohnt es sich, noch einen Blick auf die Liste der Ausschußmitglieder zu werfen, deren Namen und Stellung den Satzungen voraufgestellt worden sind. Vorsitzender ist Sully Prudhomme von der Akademie; stellvertretende Vorsitzende sind Frédéric Mistral, André Theuriet, ebenfalls von der Akademie, und Gustave Larroumet, ständiger Sekretär der Akademie der schönen Künste; Hauptschriftführer ist der Schriftsteller Robert de Souza*) und Schatzmeister Wehrlé, Beamter der Nationalbank. Zum Ausschuß gehören ferner noch drei Mitglieder der französischen Akademie, acht Maler und Bildhauer, mehrere Architekten, sieben Schriftsteller, mehrere Museumsdirektoren, Staatsräte in hohen Stellungen, mehrere Vorsitzende der schon genannten Klubs, Oberforstmeister, Wegebaumeister (ingénieurs en chef des Ponts

*) R. de Souza wohnt in Paris 23, avenue du Bois de Boulogne und erteilt Auskunft über die Gesellschaft, versendet auch die Satzungen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

et Chaussées), ein Professor von der Akademie der Arzneikunde, Advokaten u. a. hervorragende Männer der Wissenschaft. Man sieht daraus, daß es den Franzosen, die auch schon längst ein Denkmalschutzgesetz haben, mit dem Naturschutz ernst ist; die Satzungen sind so weitgreifend und umfassend, daß sie auch für deutsche Verhältnisse in jeder Beziehung als Muster für einen Heimatschutzverein gelten können, der den Zweck hat, die deutsche Heimat mit ihren Denkmälern und der Schönheit ihrer Natur vor weiterer Verunglimpfung zu schützen. Seit vielen Jahren zwar arbeitet der Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine an den Entwürfen zu einem allgemeinen Denkmalschutzgesetz; aber es ist bis jetzt noch nichts annehmbares zustande gekommen, weil man mit zuviel Einzelregierungen zu thun hat, die teilweise schon Sonderbestimmungen darüber getroffen haben, zum Teil wenigstens mit der Verzeichnung der Kunst- und Baudenkmäler beschäftigt sind. Wenn also schon auf diesem Gebiete vieles zu wünschen übrig bleibt, so ist für den Naturschutz noch weniger Hoffnung, in absehbarer Zeit eine einheitliche und eindringliche Gesetzgebung zu erzielen. Frankreich hat mit der Gründung dieser Gesellschaft gewissermaßen den Weg der Selbsthilfe betreten, seine Landschaften gegen die immer weiter um sich greifende Verunstaltung zu schützen, und wird sicherlich damit Erfolg haben, wenn die Satzungen streng befolgt werden. In Deutschland dagegen ruft man die Polizei an, die Schutz gegen den Frevel gewähren soll. Das ist viel bequemer und einfacher; ob aber der Erfolg ebenso sein wird, wie jenseits der Vogesen, bleibt abzuwarten. Der vorliegende preußische Entwurf beschäftigt sich ausschließlich mit den Reklameschildern, deren Aufstellung außerhalb geschlossener Ortschaften in besonders schönen Gegenden verboten werden kann. Alles andre, was die Schönheit der Landschaft verunstalten kann, wird nicht berührt.

Hier gäbe es für einen allgemeinen deutschen Natur- und Heimatschutzverein noch ein reiches Arbeitsfeld. Was ein solcher Verein auf nationalem Gebiete leisten kann, sehen wir am besten an dem Allgemeinen deutschen Sprachverein, der sich mit seinen Verzweigungen über ganz Deutschland erstreckt, in den höchsten Beamtenkreisen Mitglieder hat und schon bedeutende Erfolge aufweisen kann. Das Gefühl für Heimatkunde, Heimatkunst und deutsches Volkstum regt sich überall, und es bedarf vielleicht nur eines Anstoßes von berufner Seite dazu, auch auf diesem Gebiete ähnliche Leistungen hervorzubringen wie auf dem Sprachgebiete.

Schlieben R. Krieg

Anodyn. Ein Leser schreibt uns: Vielleicht interessiert es die Leser der Grenzboten in Hinblick auf den Artikel: Incidit in Scyllam in Nr. 25, zu hören, daß auch in der Diplomatensprache „anodyn“ in dem an jener Stelle gebrauchten Sinne verwandt wird. Fürst Bismarck sagt in den Gedanken und Erinnerungen (I, 314) von der Militärkonvention, die aus Anlaß des polnischen Aufstandes 1863 zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen wurde, u. a.: „Ein Abkommen militärisch-politischer Natur, welches Rußland mit dem germanischen Gegner des Panslawismus gegen den polnischen »Bruderstamm« schloß, war ein entscheidender Schlag auf die Aussichten der polonisierenden Partei am russischen Hofe; und in diesem Sinne hat das militärisch ziemlich anodyne Abkommen seinen Zweck reichlich erfüllt.“

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG